

Corinne Wohlgensinger

«...also da hab' ich noch gar nicht drüber nachgedacht...»

Der Umgang mit dem Kinderwunsch von Menschen mit geistiger Behinderung

Zusammenfassung

Dass Menschen mit geistiger Behinderung Eltern sind und werden können, wird von der Gesellschaft und Fachwelt noch immer ignoriert. Die jüngsten Entwicklungen machen es jedoch deutlich: Eine reflektierte Auseinandersetzung ist unumgänglich. Wir befinden uns in einer Dilemmasituation: Einerseits steht grundsätzlich auch Menschen mit einer geistigen Behinderung im Sinne des Rechtes auf Persönlichkeitsentfaltung das Recht auf Sexualität und Partnerschaft zu – andererseits stellt sich die Frage, ob sie den mit der Erziehung eines Kindes verbundenen Aufgaben auch gewachsen sind und die Interessen des Kindes genügend berücksichtigt werden können.

Résumé

La société et le monde professionnel ignore encore et toujours le fait que les personnes ayant une déficience intellectuelle sont et peuvent devenir parents. Les derniers développements montrent pourtant clairement qu'une discussion réflexive est incontournable. Nous nous trouvons face à un dilemme: d'un côté, en vertu du droit des personnes ayant une déficience intellectuelle à s'épanouir, nous devrions leur accorder le droit à former des couples et vivre leur sexualité; d'un autre côté se pose la question quant à savoir s'ils sont à la hauteur des tâches liées à l'éducation d'un enfant et si les intérêts de l'enfant sont suffisamment pris en considération.

Schwierige Frage

«Die Puppe sitzt ordentlich in der Wiege, an der Wand hängt ein Lebkuchenherz, und am Boden des Kinderzimmers in der Dreizimmerwohnung im Baselbiet spielen Mama, Papa und das Kind Einkaufen» (Althaus in Annabelle 19/2007, S. 93). «Nichts besonderes», wird sich die Annabelle-Leserin denken, sofern sie den Untertitel des Artikels nicht beachtet hat. Das Wissen darum, dass es sich in der beschriebenen Szene aber um zwei Menschen mit geistiger Behinderung handelt, die mit ihrer nichtbehinderten Tochter spielen, lässt das Geschehen in einem ganz anderen Licht erscheinen. Dass Menschen mit

geistiger Behinderung Eltern werden (können), weckt in vielen ambivalente Gefühle. Dies wurde bei einer Strassenumfrage von Studierenden des Institutes für Sonderpädagogik ebenso deutlich, wie in kürzlich durchgeführten Workshops an der Hochschule für Heilpädagogik. Zwischen klar bejahenden resp. verneinenden Einstellungen gibt es viele Menschen, die hin- und hergerissen sind und finden, «dass es halt darauf ankommt...». Die Frage nach der Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung entpuppt sich als moralisches Dilemma.

Noch vor nicht allzu langer Zeit war es undenkbar, dass Menschen mit geistiger Be-

hinderung Eltern werden. Bis in die 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts wurden auch in der Schweiz zahlreiche Personen sterilisiert; davon waren vor allem Menschen betroffen, bei denen eine Geistesstörung oder Geistesschwäche diagnostiziert wurde. Dabei spielten erbbiologische Überlegungen eine tragende Rolle: Man befürchtete, dass die Nachkommen ebenfalls mit einer Behinderung zur Welt kämen, ein Irrglaube, dem auch heute noch viele aufliegen. Kinder von Menschen mit geistiger Behinderung haben jedoch durchschnittliche intellektuelle Fähigkeiten und erblich bedingte geistige Behinderungen treten bei ihnen nicht wesentlich häufiger auf als in der übrigen Bevölkerung (Pixa-Kettner, Bargfrede & Blanken, 1996, S. 4).

Untersuchungslage

In den letzten Jahren wurde Menschen mit geistiger Behinderung – im Sinne des Rechtes auf Entfaltung der Persönlichkeit – vermehrt das Recht auf Sexualität und der Wunsch nach Partnerschaft zugestanden. Damit ist natürlich auch die Möglichkeit gegeben, dass die Betroffenen Eltern werden, welches tatsächlich auch der Fall ist: Elternschaften von Menschen mit geistiger Behinderung sind Realität, allerdings eine wenig beachtete. Im deutschsprachigen Raum wurde lediglich ein grösseres Forschungsprojekt durchgeführt. Der entsprechende Forschungsbericht von Pixa-Kettner, Bargfrede und Blanken (1996) liegt unter dem Titel: «Dann waren sie sauer auf mich, dass ich das Kind haben wollte...» Eine Untersuchung zur Lebenssituation geistigbehinderter Menschen mit Kindern in der BRD» vor. Die Forscherinnen schrieben 1732 deutsche Einrichtungen an, mit der Bitte um Informationen über bekannte Elternschaften. 668 Institutionen beantworteten das Schrei-

ben, worauf 969 Elternschaften mit 1366 Kindern bekannt wurden. Die erhobene Zahl muss allerdings als Mindestgrösse betrachtet werden, eine Hochrechnung lässt auf ca. 2500 Elternschaften in Deutschland schliessen (Pixa-Kettner, Bargfrede & Blanken 1996, S. 14). Des Weiteren konnten folgende Ergebnisse festgehalten werden (ebd., S. 307f.):

- Knapp ein Drittel der genannten Eltern teile lebt in einer Lebensgemeinschaft.
- Ein Drittel wohnt mit oder ohne Betreuung in der eigenen Wohnung, ca. ein Viertel in einem Wohnheim und ca. 13 % leben in der Herkunftsfamilie.
- Die durchschnittliche Kinderzahl liegt bei 1,4.
- In ungefähr einem Viertel der Fälle wohnen die Kinder bei beiden Elternteilen und in ca. 14 % der Fälle sind sie bei einem Elternteil aufgewachsen.
- Ein Fünftel der Kinder wurde adoptiert, resp. in eine Pflegefamilie aufgenommen. 8 % der Kinder halten sich bei der Herkunftsfamilie auf und 9 % wohnen in einem Heim.
- Der psychosoziale Hintergrund der Familien gestaltet sich in praktisch keinem der Fälle ideal: Die wenigsten Personen haben ein harmonisches Familienleben kennengelernt und sie waren oft mit Alkoholmissbrauch, Gewalt, Heimaufenthalten und schweren finanziellen Problemen konfrontiert (ebd., S. 48 ff.).

Der Mythos, Kinder von Menschen mit geistiger Behinderung seien ebenfalls behindert, kann sich – wie erwähnt – nicht halten. Dennoch können im Lauf der Entwicklung Beeinträchtigungen auftreten, welche aber oft mit unzureichenden Umgebungsbedingungen zusammenhängen (ebd., S. 4). Die auffälligsten Beeinträchtigungen wurden in

der sprachlichen Entwicklung festgestellt: Mørch, Skår & Andersgård stellten eine Störung der Sprache bei 30.8 % der von ihnen untersuchten Kinder fest; eine Störung der Feinmotorik lag bei 21.5 % der Kinder und eine allgemeine psychosoziale Belastung bei 24.6 % der Kinder vor (Mørch, Skår & Andersgård 1997, S. 345, zit. in Prangenberg, 1999, S. 76f.).

Die alleinige Tatsache, das Kind von Menschen mit geistiger Behinderung zu sein, genügt nicht, um eine negative Entwicklung voraussagen zu können. Dennoch gibt es eine Reihe von Faktoren, welche für die Lebens- und Entwicklungssituation der Kinder bezeichnend sind (Prangenberg, 2003, S. 58ff.):

1. Die familiären Rahmenbedingungen zeichnen sich häufig durch eine unübersichtliche Familienstruktur und eine angespannte sozioökonomische Lage aus, in der vermehrt psychosoziale Probleme auftreten. Booth und Booth weisen allerdings auch darauf hin, dass Menschen mit geistiger Behinderung oft in Rahmenbedingungen leben, die es allen Eltern erschweren würde, ihren Aufgaben nachzukommen (Booth & Booth, 1998, S. 56).
2. Fremdplatzierungen bestimmen den weiteren Lebensweg des Kindes unter Umständen mit (häufiger Wechsel der Bezugspersonen, ungewisse Zukunft), können aber auch eine Chance auf eine positive Entwicklung des Kindes bedeuten.
3. Kinder von Menschen mit geistiger Behinderung scheinen einem erhöhten Risiko der Vernachlässigung und des Missbrauchs ausgesetzt zu sein. Erklärt wird dieser Umstand allerdings nicht durch die geistige Behinderung der Eltern, sondern durch das Milieu, dem diese angehören und durch fehlende Erkenntnisse

in der Versorgung und Erziehung. Als erschwerend kann sich auch ein höherer Intelligenzquotient des Kindes erweisen sowie der Umstand, dass viele der Eltern eigene (sexuelle) Missbrauchserfahrungen gemacht haben.

4. Der elterliche IQ scheint in Bezug auf die elterlichen Kompetenzen keine Rolle zu spielen, solange er nicht unter die Grenze von 55–60 fällt. Fehler im elterlichen Handeln sind oft normale lebenspraktische Schwierigkeiten von Menschen mit geistiger Behinderung, welche durch entsprechende Interventionen ausgeglichen werden können.

«...die können sich ja auch gar nicht richtig um die Kinder kümmern»

Die von einer Studentin nach ihrer Meinung zum Kinderwunsch von Menschen mit einer geistigen Behinderung befragte Frau steht mit ihren Zweifeln nicht alleine da. Die Gefährdung des Kindeswohls war in der Vergangenheit ein vehement vertretenes Argument, wenn es darum ging, dafür zu sorgen, dass die Betroffenen kinderlos blieben (ausführlich in Wohlgensinger, 2007). So die Mutter eines Mannes mit geistiger Behinderung:

«Wenn man die Entscheidung von Eltern kritisiert, die alles tun wollen (von der Wahl der Mittel soll hier abgesehen werden), um zu verhindern, dass ihre geistig behinderten Söhne und Töchter ihre Enkel zeugen oder zur Welt bringen, muss man alle ihre Gründe bedenken und bewerten. Verzicht im Interesse eines Kindes halte ich für eine selbstverständliche Pflicht, für normal» (Trappen, 1987, S. 6).

Als weitere Argumente gegen eine Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung werden die mögliche Trennung vom

Kind angeführt, welche für beide Seiten eine schmerzliche Erfahrung bedeutet, und die Tatsache, dass eine Elternschaft für die Betreuungspersonen und evtl. auch für die Herkunftsfamilie mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden ist. Letztere wird – solange keine angemessenen Angebote bestehen – nach der jahrelangen Sorge um die eigenen Kinder unter Umständen einer erneuten Belastung ausgesetzt, wenn ihre geistig behinderten Kinder selbst Kinder bekommen:

«Die hat nicht viel Arbeit, die meiste Arbeit hab' ich [...] Sie geht morgens um zwanzig nach sechs weg und kommt abends um halb fünf wieder [...] Die wär' damit nicht klargekommen – und heute auch noch nicht, wenn sie damit alleine wäre.» Der Grossvater ergänzt etwas später: «Ja, sie fühlt sich wohl mit Kindern, und wir können uns damit quälen» (Pixa-Kettner, Bargfrede & Blanken, 1996, 183).

In der aktuellen (Forschungs-)Literatur lässt sich eine Tendenz hin zur Bejahung der Elternschaft feststellen. Dieses Recht wird – wie das Recht auf Sexualität – als Persönlichkeitsrecht verstanden und als Folge aus dem Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben. Es wird allerdings auch deutlich, dass zwar Zustimmung herrscht, wenn es um das Recht auf Sexualität geht, dass aber gleichzeitig die Auffassung besteht, dass das grundsätzliche Recht auf Elternschaft nicht in jedem Fall wahrgenommen werden sollte.

Diese ambivalente Haltung war auch in der Debatte und letztendlich im Resultat der Sterilisationsgesetzgebung erkennbar: Das am 1. Juli 2005 eingeführte Sterilisationsgesetz ist weniger strikt als die Version, wie sie in der Vernehmlassung vorlag. Ursprünglich war beabsichtigt, die Entschei-

dung bezüglich einer Sterilisation alleine im Interesse der betroffenen Person zu fällen. Dieser Passus wurde gelockert, weil man auch den «Interessen Dritter» ein gewisses Gewicht einräumen wollte. Hinter diesen – zum Teil vehement vertretenen – Interessen steht die Auffassung, dass

«erstens eine Sterilisation auch dann im Interesse der betroffenen Person sein kann, wenn sie sich [...] ablehnend äussert, und dass die Sterilisation, zweitens, auch dann im Interesse der betroffenen Person sein kann, wenn auch noch andere Interessen der betroffenen Person dafür sprechen, also parallel laufen, so dasjenige künftiger Kinder oder der Eltern der zu sterilisierenden Person usw. ohne dass die Sterilisation im Interesse der betroffenen Person liegt, darf sie aber nicht vorgenommen werden» (Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 2004, S. 264; Ständerat Thomas Pfisterer).

Wann aber spielen fremde Interessen überhaupt eine Rolle? Und welche Faktoren spielen bei der Betrachtung des Kinderwunsches eine Rolle? Auf diese Fragen soll anhand eines Fallbeispiels näher eingegangen werden.

«Rosanna ist 18, geistig behindert [...] und wünscht sich sehnlichst Kinder. Draussen unterwegs, rennt sie jedem Kind entgegen, will es umarmen, streicheln oder an der Hand nehmen. «Wenn ich älter bin, möchte ich ein Haus, einen Mann und ein Bébé.» Sie strahlt übers ganze Gesicht. Doch Rosanna ist so stark behindert, dass ihre Eltern unbedingt verhindern wollen, dass sie schwanger wird. An den gemeinsamen Wochenenden oder in den Ferien lassen sie ihre Tochter nie aus den Augen. Und die Pflegefamilie, in der Rosanna lebt, besteht ausschliesslich aus Frauen.» (Eichenberger, 2002, S. 13)

Selbstbestimmung und ihre Grenzen

Später Haus, Mann und Kind zu haben ist kein ungewöhnlicher Wunsch für Frauen in Rosannas Alter. Offenbar sind ihre Eltern aber davon überzeugt, dass eine Schwangerschaft mit allen Mitteln zu verhindern ist. Möglicherweise befürchten sie, dass sich Rosanna über die Tragweite ihrer Wünsche nicht im Klaren ist? Eine selbstbestimmte Entscheidung zu fällen bedeutet, nicht nur selbstständig zu wählen und zu entscheiden, sondern sich auch der Konsequenzen bewusst zu sein, die sich aus dem eigenen Handeln ergeben. Es muss vorausgesetzt werden können, dass die betreffende Person überhaupt weiss, worüber sie entscheidet.

Es ist ohne Zweifel eine Tatsache, dass nicht nur kompetente Personen Eltern werden. Auch Menschen ohne geistige Behinderung sind nicht immer gute Eltern und überwiegen die Anzahl von Menschen mit geistiger Behinderung bei weitem. Ebenso wenig sind Menschen mit einer geistigen Behinderung immer unfähig, ein Kind zu erziehen. Eine selbstbestimmte Entscheidung in Bezug auf den Kinderwunsch zu fällen heisst zu wissen, dass man eine Vorstellung davon hat, was es bedeutet oder bedeuten kann, Vater oder Mutter zu werden. Entscheidend ist, dass Menschen mit einer geistigen Behinderung bezüglich des Kinderwunsches kompetent gemacht werden können. Das ist – unter anderem – die Aufgabe der Sonderpädagogik. Dabei geht es nicht nur darum, zu verstehen, wie ein Kind gezeugt wird, sondern auch um die Kenntnis der Folgen dieser Zeugung, wie z.B. die Bedürfnisse des Kindes und die Anforderungen der Erziehung zu kennen, zu verstehen, wie sich das eigene Leben und die Partnerschaft bei einer Elternschaft verändern können, ob und welche Formen von Unterstützung nötig werden etc.

Die Selbstbestimmung eines Menschen hat dort Grenzen, wo die Gefahr besteht, dass jemand sich selbst oder anderen Schaden zufügt:

Eingriff in die Handlungsfreiheit (Paternalismus)

Offensichtlich haben sich Rosannas' Eltern zum Ziel gesetzt, eine Schwangerschaft zu verhindern. Vielleicht tun sie es aus der Überzeugung heraus, dass es für ihre Tochter das Beste ist, wenn sie nicht Mutter wird. Wenn die Selbstbestimmung eines Menschen – gegen dessen Willen – zu seinem oder zum Wohl von anderen eingeschränkt wird, spricht man von Paternalismus. Dies geschieht durch die Annahme, dass jemand nicht weiss, was (momentan) gut für ihn resp. sie ist. Dworkin vertritt die Meinung, dass paternalistische Eingriffe dann gestattet sind, wenn eine Person nicht autonom handelt, also in Bezug auf eine bestimmte Handlung nicht kompetent ist (Dworkin, 1988, S. 124). Diese Ausgangslage könnte auch der oben erwähnten – etwas seltsam anmutenden – Zielsetzung entsprechen, den Entscheid bezüglich einer Sterilisation u.a. «nach den gesamten Umständen im Interesse der betroffenen Person» zu fällen (Bundesgesetz über Voraussetzungen und Verfahren bei Sterilisationen). Das bedeutet, dass Eingriffe, welche zur Kinderlosigkeit führen (Sterilisation, Verabreichung von Verhütungsmitteln, geschlechtergetrennte Unterbringung) dadurch gerechtfertigt werden, dass eine Elternschaft sowohl den Interessen der betroffenen Person, als auch den anderen Interessen, welche noch involviert sind, entsprechen muss. Damit stellt sich zugleich die Frage, ob es überhaupt irgendwelche Interessen gibt, die höher zu gewichten sind als die körperliche Integrität der betroffenen Person.

In wessen Interesse? Menschen mit geistiger Behinderung wollen Eltern werden

Die Sorge um die Betroffenen kann aus der Überzeugung entstehen, dass die Person selbst nicht weiss, was das Beste für sie ist. Dies kann bspw. dann der Fall sein, wenn der Kinderwunsch auf falschen Annahmen beruht und sich bspw. jemand einfach etwas zum Liebhaben wünscht und die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass die Person nie mit ihrem Kind zusammenleben könnte. Es ist wichtig, in jedem Fall auf den Kinderwunsch einzugehen. Sexualpädagogische Begleitung kann helfen, allenfalls bestehende hintergründige Motive zu erkennen, um die «Ernsthaftigkeit» des Wunsches zu eruieren. Dazu kann bspw. auch gehören, dass die potentiellen Eltern die Realität einer Elternschaft so nahe wie möglich kennen lernen. Die Entwicklung von persönlichen Kompetenzen ist nicht grenzenlos möglich, aber ein gutes Unterstützungssystem kann zum Erwerb von Fähigkeiten beitragen und helfen, die eigenen Wünsche, Vorstellungen und Bedürfnisse zu erkennen. Zudem erfüllt es eine wichtige Funktion bei der Erziehung und Bildung der Kinder und kann dazu beitragen, die Gefahr von Entwicklungsbeeinträchtigungen zu minimieren.

Kinder wollen sich gut entwickeln können

Die Gefährdung des Kindeswohls ist das wohl am meisten geäusserte Argument von Personen, die eine Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung ablehnen. Obwohl eine elterliche Behinderung bei vielen Kindern nicht zu einem Entwicklungsdefizit führt, ist sie doch ein Risikofaktor. Es ist allerdings auch zu bedenken, dass dieses Risiko in vielen Fällen mit der entsprechenden Unterstützung erheblich gemindert, wenn nicht gar beseitigt werden kann, so dass es keinen Grund zu der An-

nahme gibt, es sei besser, es entstehe erst gar kein Kind.

Mitunter gibt es aber Fälle, in denen das Wohl des Kindes tatsächlich nicht mehr gewährleistet werden kann und eine Fremdplatzierung angestrebt werden muss. Es muss zwischen dem Interesse des Kindes abgewogen werden, sich gut zu entwickeln und gut behandelt zu werden, seinem Interesse, bei den Eltern aufzuwachsen und deren Interesse, ihr Kind bei sich behalten zu können.

Das Umfeld wird überbelastet

Wenn Menschen mit geistiger Behinderung einen Kinderwunsch äussern, betrifft das häufig auch die eigene Familie und die Betreuungspersonen. Herkunftsfamilien übernehmen oft einen grossen Teil der Betreuungs- und Erziehungsaufgaben. Für das Fachpersonal bedeutet eine Elternschaft ebenfalls einen erheblichen Mehraufwand und führt nicht selten zu einer Überforderung (vgl. Bargfrede, 1998). Dies macht die Notwendigkeit von spezialisierten Angeboten und Betreuungsplätzen für Eltern mit geistiger Behinderung und deren Kindern deutlich.

Es besteht Handlungsbedarf ...

Die persönliche Erfahrung im Austausch mit Fachleuten zeigte, dass Elternschaft und Kinderwunsch von Menschen mit geistiger Behinderung höchst kontrovers diskutiert werden. Um einen informierten Umgang mit dem Thema zu finden ist es wichtig, zu sehen, worin das Spannungsfeld überhaupt besteht. Das beinhaltet nicht nur die Forderung nach neuen Erkenntnissen, sondern ganz grundsätzlich auch die Beschäftigung mit den ethischen Grundlagen der Sonderpädagogik überhaupt. Die vorgestellten Faktoren können dafür einen Anhaltspunkt bie-

ten. Der Praxis stellt sich sowohl die Aufgabe der sexualpädagogischen Begleitung, als auch der Beratung und Unterstützung von bestehenden und zukünftigen Elternschaften von Menschen mit geistiger Behinderung. Eine begründete Haltung ist die Voraussetzung für nachvollziehbare Forderungen an Staat, Politik und Gesellschaft.

Corinne Wohlgensinger, lic. phil.
Interkantonale Hochschule
für Heilpädagogik (HfH)
Schaffhauserstrasse 239
Postfach 5850
CH-8050 Zürich
corinne.wohlgensinger@hfh.ch



Literatur

- Althaus, N. (2007). Fast eine normale Familie. *annabelle*, 19, 93–99.
- Bargfrede, S. (1998). Tausend Mütter können nicht irren: Einige Anmerkungen vor dem Hintergrund einer Untersuchung zur Lebenssituation geistig behinderter Menschen mit Kindern in Deutschland. In Wilfried Datler et al. (Hrsg.), *Zur Analyse heilpädagogischer Beziehungsprozesse* (S. 194–200). Luzern: Edition SZH/SPC.
- Booth, Tim & Booth, Wendy (1998). *Growing up with parents who have learning difficulties*. London: Routledge.
- Bundesgesetz über Voraussetzungen und Verfahren bei Sterilisationen (Sterilisationsgesetz). (2006). Internet: www.admin.ch/ch/d/sr/2/211.111.1.de.pdf [Stand: 28. 01.2008].
- Dworkin, Gerald (1988). *The Theory and Practice of Autonomy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Eichenberger, Ursula (2002, 26. März). Sterilisationen in der legalen Grauzone. *Tages-Anzeiger der Stadt Zürich*, S. 13.
- Pixa-Kettner, Ursula, Bargfrede, Stefanie & Blanken, Ingrid (1996). «Dann waren sie sauer auf mich, dass ich das Kind haben wollte...»: Eine Untersuchung zur Lebenssituation geistigbehinderter Menschen mit Kindern in der BRD. Hrsg. vom Bundesminister für Gesundheit. Baden-Baden: Nomos.
- Prangenberg, Magnus (2003). *Zur Lebenssituation von Kindern, deren Eltern als geistig behindert gelten. Eine Exploration der Lebens- und Entwicklungsrealität anhand biografischer Interviews und Erörterung der internationalen Fachliteratur*. Bremen. Diss., Universität Bremen. Internet: <http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=975509020> [Stand: 27.01.2008].
- Prangenberg, Magnus (1999). Zur Lebenssituation von Kindern geistig behinderter Eltern. *psychosozial*, 3, 75–89.
- Trappen, M.-L. (1987). Eröffnung. In T. Neuer-Miebach & Heinz Krebs (Hrsg.), *Schwangerschaftsverhütung bei Menschen mit geistiger Behinderung – notwendig, möglich, erlaubt? Referate und Diskussionsergebnisse der Fachtagung im Juni 1987 in Marburg/Lahn* (S. 4–79). Marburg/Lahn: Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V.
- Wohlgensinger, Corinne (2007). *Unerhörter Kinderwunsch – Die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung: Eine Betrachtung aus sonderpädagogisch-ethischer Perspektive*. Luzern: SZH.